

Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **4 (1909)**

Heft 9

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Die Vorkämpferin

Offizielles Organ des Schweiz. Arbeiterinnenverbandes, vertritt die Interessen aller arbeitenden Frauen

Für die kommende Nummer bestimmte
Korrespondenzen sind jeweilen bis zum 20ten
jeden Monats zu richten an die
Redaktion: Frau Marie Walter, Winterthur
Stadthausstrasse 14.

Erscheint am 1. jeden Monats.
Einzelabonnements:
Preis:
Inland Fr. 1.— | per
Ausland „ 1.50 | Jahr
(Im Einzelverkauf kostet
die Nummer 10 Cts.)

Inserate und Abonnementsbestellungen
an die
Administration:
Buchdruckerei Conzett & Cie., Zürich

Vom schweizer. sozialdemokratischen Parteitag.

Die Badener Tagungen.

Zu imposantem Aufmarsch sind die Schweizer Delegierten aus allen Gauen eingerückt zum diesjährigen vielversprechenden Parteitag in Baden. Wohliger berührt vom warmen Hauch einer wunderbar farbigen Herbsteslandschaft ist in gehobener schaffensfreudiger Stimmung viel ernste Arbeit für die Gegenwart und die Zukunft geleistet worden.

Die großen Gegenwartsfragen innerer und äusserer Natur erfuhren in tiefgründigen kürzeren und längeren Ausführungen eine allseitige Würdigung und Klarstellung. Richtlinien für die Zukunft wurden gezogen; sei es, daß sie nur strichweise angedeutet, sei es, daß sie in kühnem kräftigem Zug, stellenweise bloßgelegt, dem scharf blickenden Geistesauge den Gang unseres Wesens enthüllten. Allen gemeinsam, dem schlichten, in harter Körperarbeit frohnenden Proletarier wie dem verstandes- und geistesstarken Genossen, war jene tiefinnere Hoffnungsfreudigkeit, die da mit Genugtuung hinüberblickt von der treu erfüllten Forderung des Tages zu den wachsenden Aufgaben und Pflichten einer im Morgenglühen sich ankündenden großen neuen Zeit.

Der Genossen praktische Tagespolitik.

Diese kam an beiden Tagungen, an der Delegiertenversammlung des schweiz. Grütlivereins wie am schweiz. sozialdemokratischen Parteitag, zu kraftvollem Ausdruck. Eifrig beschäftigte man sich eingangs mit der Finanzfrage, die indessen einer allseitig befriedigenden Lösung noch nicht entgegengeführt werden konnte. Weitgehendes Interesse wurde der Fremden-Einbürgerungsfrage zu teil, die unaufhaltsam hinzielt auf die Schaffung eines einheitlich staatlich geregelten Schweizerbürgerrechtes, das über die bisherigen kommunalen, d. h. Gemeindegrenzen hinausgehend, den in unserm Schweizerlande geborenen Kindern von hier wohnenden Ausländern die obligatorische Verleihung des schweizerischen Heimatrechtes (Indigenats) sichert und im weitern auch solchen Ausländern, die zwar im Auslande geboren, aber bei uns seit Jahrzehnten niedergelassen und rechtlichaffenen Charakters sind, die unentgeltliche Einbürgerung ermöglicht. Dieses von Weitblick ge-

tragene Schweizerbürgerrecht aber wird unabweislich im Gefolge haben eine totale Umgestaltung des Armenrechts und der Armenunterstützung, deren erspriechliche Regelung ebenfalls nur auf eidgenössischem Boden erfolgen kann.

Sodann entwarf in markigen Strichen unser Parteigewaltige Greulich ein lebensvolles Bild der wechselreichen Tätigkeit unserer kleinen, siebenköpfigen Nationalratsfraktion. Die gesunde schonungslose Kritik der Berner Genossen vermochte den Eindruck der gewissenhaften Schaffenstätigkeit unserer Regierungsvertreter nicht herabzumindern. Wenn es zudem vergönnt ist, mit eigenen Augen und Ohren das Arbeiten unserer Gesetzgebungsmaschinerie im schweizerischen Bundespalast dorben in Bern wenn auch nur auf Stunden zu verfolgen, dem kann es nicht entgehen, wie geschickt von unseren Genossen jeweilen der Moment wahrgenommen wird, um dem schwerfälligen Gang der Staatsräder ein beschleunigteres Tempo aufzuzwingen und sie aus den gewohnten, längst ausgefahrenen Geleisen hinüberzudrängen auf frisches noch unbebautes Ackerland.

Entschiedene Stellung nahm der Parteitag zum Militarismus, dessen kraffe Auswüchse in Gestalt von stets neuen Aufwendungen für das Völker-Mordhandwerk energisch zu unterbinden, unserer Fraktion des Nationalrates zur unumgänglichen Pflicht gemacht wird. Bei jeder tunlichen Gelegenheit ist Protest einzulegen gegen die mehr als schädigen Unterstützungen an notleidende Wehrmänner.

Zu hohen Wellen der Erregung und Enttäuschung schwoll die Diskussion an nach Anhörung eines längeren, die sprechenden Tatsachen tieferfassenden Referates von Genosse Rimathé über die schweizerische Eisenbahnpolitik. Diese krankt an Unvermögen infolge eines durchaus unzulänglichen Verwaltungsapparates, dem es vor allem an hellseherischem, die schwierigen wirtschaftlichen Gegenwartsverhältnisse vorurteilslos überblickendem Geiste gebricht. Die Verantwortung für diese hieraus resultierende mißliche Sachlage trägt der Freisinn, der seine großen, bei Anlaß der Eisenbahnverstaatlichung dem Volke gegebenen Versprechungen nie und nimmer einzulösen imstande sein wird. Nur eine tief eingreifende, nach demokratischen Grundsätzen durchgeführte Re-